

Berlin, 13. Juni 2014

In der heutigen Sitzung des Bundesrates hat Bayern einen Antrag eingebracht, der den Aufbau einer staatlichen Erdgasreserve für Deutschland fordert. Hierzu erklärt Hildegard Müller, Vorsitzende der BDEW-Hauptgeschäftsführung:

„Die deutsche Gaswirtschaft hat in den vergangenen Jahren in privatwirtschaftlicher Initiative die viertgrößten Erdgas-Speicherkapazitäten der Welt aufgebaut. In diesen 51 Speicheranlagen kann mit etwa 24 Milliarden Kilowattstunden rund ein Viertel des jährlichen Gasbedarfs eingespeichert werden. Weitere Speicheranlagen sind derzeit im Bau oder in Planung.

Die Gaswirtschaft ist in den Mitgliedstaaten der EU jeweils sehr unterschiedlich strukturiert. In EU-Staaten mit kaum diversifizierten Lieferwegen oder mit geringen Speicherkapazitäten könnte eine staatliche Bevorratung sinnvoll sein. In Deutschland hingegen wäre sie kontraproduktiv: Eine staatliche Reserve wäre ein massiver Eingriff in den bestehenden Markt und würde funktionierende marktwirtschaftliche Strukturen schwächen, anstatt diese zu stärken.

Deutschland verfügt über eine gut ausgebaute Gasinfrastruktur und unterschiedliche Bezugsquellen. Damit kann auch ein Spitzenverbrauch aller deutschen Letztverbraucher gedeckt werden, wie er in den vergangenen 20 Jahren erst einmal aufgetreten ist. Die sichere und zuverlässige Versorgung ihrer Kunden gewährleisten die Erdgasversorgungsunternehmen über ein breites Instrumentarium. Speicher sind dabei ein – wenn auch wichtiges – Instrument neben anderen. Die Gaswirtschaft stellt die Versorgungssicherheit auf vier Säulen: Diversifizierte Importquellen und Transportwege, liquide Handelsmärkte, hohe Speicherkapazitäten sowie die heimische Erdgas-Förderung. Dies hat sich in Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten bewährt.

Der BDEW ist überzeugt davon, dass eine sichere Erdgasversorgung in Europa insbesondere durch eine weitere Öffnung der europäischen Erdgasmärkte erreicht werden kann. Hierzu muss endlich das dritte EU-Binnenmarktpaket von allen Mitgliedstaaten konsequent umgesetzt werden, das entsprechende Regelungen zu den EU-Erdgasmärkten enthält. Dabei kommt dem Ausbau der Energieinfrastruktur dort, wo er für einen funktionierenden Binnenmarkt erforderlich ist, eine Schlüsselrolle zu. Dies ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, den europäischen Binnenmarkt zu verwirklichen und damit auch die Versorgungssicherheit in Europa weiter zu stärken.“

**BDEW Bundesverband
der Energie- und
Wasserwirtschaft e. V.**
Reinhardtstraße 32
10117 Berlin

Bereich Kommunikation

Jan Ulland
Stv. Pressesprecher
Telefon
+49 30 300199-1162
-1164

Telefax
+49 30 300199-4190
presse@bdew.de
www.bdew.de